

Abb. 1
Architekturbiennale
Venedig 2012. Hinweis
auf den Eingang zum
Deutschen Pavillon



Abb. 2
Luftbild: Blick auf
Frankfurt am Main, 2002



Werner Durth Verantwortlich für Baukultur

„Wir bauen Deutschland“: Welch ein anmaßender Titel für ein Buch, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft, Ausbildung, Position und Profession porträtiert werden. Menschen, die nur eines verbindet: Sie sind im öffentlichen Dienst beschäftigt und in ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld, in diversen Ämtern der Politik und Verwaltung, an der Gestaltung unserer räumlichen Umwelt beteiligt. Auf den ersten Blick erscheint die Auswahl zufällig. Und doch weckt diese Sammlung gerade durch die Unterschiedlichkeit der Personen, ihrer Ämter und Ambitionen unsere Neugier. Der zweite Blick auf die Liste lässt beim Blättern im Buch die Absicht erkennen, mit den hier vorgestellten Persönlichkeiten ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben zu eröffnen, die in einer arbeitsteilig organisierten Gesellschaft auf vielfältige Weise miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind, sich ergänzen und bisweilen auch in Konflikt geraten.

Die scheinbare Zufälligkeit der Auswahl hat Methode, ist exemplarisch im Konzept. Die Liste könnte um viele andere Namen von Menschen erweitert werden, die an anderen Orten auf je eigene Weise öffentlich Verantwortung tragen für die räumlichen Voraussetzungen der Lebensqualität in unserem Land. Es ist also kein kollektives Wir, keine abgegrenzte Gruppe mit einem gemeinsamen Verständnis ihrer Arbeit und ihrer Aufgaben. Dennoch sind der Baudezernent und der Oberbürgermeister, die Stadtbaurätin und der Chef des Immobilienmanagements, sind Architekten, Ingenieure, Juristen, Ökonomen, Soziologen – sind alle hier Genannten jeweils Teil eines größeren Ganzen, Knoten im Netz von Entscheidungsprozessen und Handlungsabläufen, die den stetigen Wandel unserer Umwelt bewirken, die sich im Bauen von Häusern, Straßen und Brücken, durch die Gestaltung von Gärten, Parkanlagen und Landschaften vor unseren Augen sichtbar verändert.

Selbst wenn die hier präsentierten Personen wohl nur selten unmittelbar selbst Hand anlegen auf den Baustellen in diesem Land, sind sie im Dienst der Öffentlichkeit doch in besonderer Weise zuständig für die Qualität der Baukultur, auch wenn ihnen dies nicht immer bewusst sein mag. Anders als privatwirtschaftlich tätige Bauherren, Investoren und Unternehmer sind sie als Treuhänder des Gemeinwohls tätig und damit dem Bauen in einem tieferen Sinne des Wortes verpflichtet. Denn mit „Bauen“ ist mehr gemeint als der Wandel der sichtbaren Welt.

Im ersten großen Kongress zur Zukunft der Städte nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg sprach der Philosoph Martin Heidegger 1951 unter dem Titel *Bauen, Wohnen, Denken* über die Bedeutung des Bauens in jenen Jahren der Not. Aus der etymologischen Wurzel des Wortes „bauen“ leitete er die generationenübergreifende Verpflichtung der Menschen auf den pfleglichen Umgang mit der ihnen anvertrauten Welt ab. Durch seine Überlegungen bildete Heidegger zugleich die Brücke zum Begriff der Kultur, der in ähnlichem Sinne – vom Lateinischen *colere* her – ebenfalls auf Pflege, Bebauung und Veredelung der Umwelt verweist, auf die Gestaltung menschlichen Lebensraums auf Dauer, über den Wechsel der Generationen hinweg. Damit ist beide Male eine Dimension angesprochen, die angesichts wachsender ökologischer und demografischer Herausforderungen heute erneut unter dem Schlagwort der Nachhaltigkeit von hoher Aktualität ist. „Bauen heißt ursprünglich wohnen“, erklärte Heidegger aus der Herkunft des Worts, um dessen Sinn gegenüber dem alltäglichen Sprachgebrauch deutlich zu erweitern: „Das alte Wort bauen, zu dem das ‚bin‘ gehört, antwortet ‚ich bin‘, ‚du bist‘, besagt: ich wohne, du wohnst.“¹ Bauen heißt wohnen, und wohnen heißt bleiben: Das Wohnen ist die Weise, wie die Sterblichen auf der Erde sind. Ihre Aufgabe sei es, das Bauen als Wohnen zu entfalten und dadurch die Erde vor ihrer Zerstörung zu retten.

In solchem Verständnis der Worte hat die schlichte Aussage „Wir bauen“ zugleich normativen Charakter, meint Pflege und Weiterentwicklung der Welt, wobei jede und jeder dazu einen eigenen Beitrag zu leisten hat, alle Sterblichen in ihrer Zeit, auch in Verantwortung für künftige Generationen. In der Verbindung zweier Begriffe mit gleichem Sinngehalt wird im Wort „Baukultur“ die Gestaltung der Umwelt als ein gesellschaftlich organisierter Prozess begriffen, in dem die Entstehung, die Form und der Gebrauch von Bauten und Räumen unserer alltäglichen Wirklichkeit mit allen Wechselwirkungen gleichzeitig gültige Themen sind. Dabei erfordern die Planungs- und Entscheidungsprozesse die gleiche Aufmerksamkeit wie die Suche nach angemessener Gestalt des Gebauten und der verantwortliche Umgang damit.²

Auch das dritte Wort des Titels provoziert Fragen. „Wir bauen – welches Deutschland?“ Jede Umschau in unseren Städten, Gemeinden und Landschaften lässt erkennen: Deutschland ist bereits gebaut, stabil sowohl in seinen institutionellen Strukturen in Staat und Gesellschaft als auch in der materiellen Substanz. „Der Umgang mit dem Bestand ist entscheidend für unsere Zukunft.“ So lautete die Botschaft des deutschen Beitrags zur weltweit beachteten Biennale in Venedig 2012: „Das Neubauvolumen macht jährlich nur ca. 1 Prozent des Gebäudebestands aus.“³



Abb. 3
Architekturbiennale Venedig 2012. Deutscher Pavillon mit dem Motto der Ausstellung „Reduce Reuse Recycle“.



Abb. 4
Ausstellungshalle mit Text und Illustration zum Konzept



Abb. 5
Saalfolge mit großformatigen Abbildungen beispielhafter Projekte zum Umgang mit dem Bestand

Abb. 6
 Stadterweiterung Köln nach
 Planung von Hermann Josef
 Stübßen. Abbildung aus
 dessen Buch *Der Städtebau*,
 Darmstadt 1890

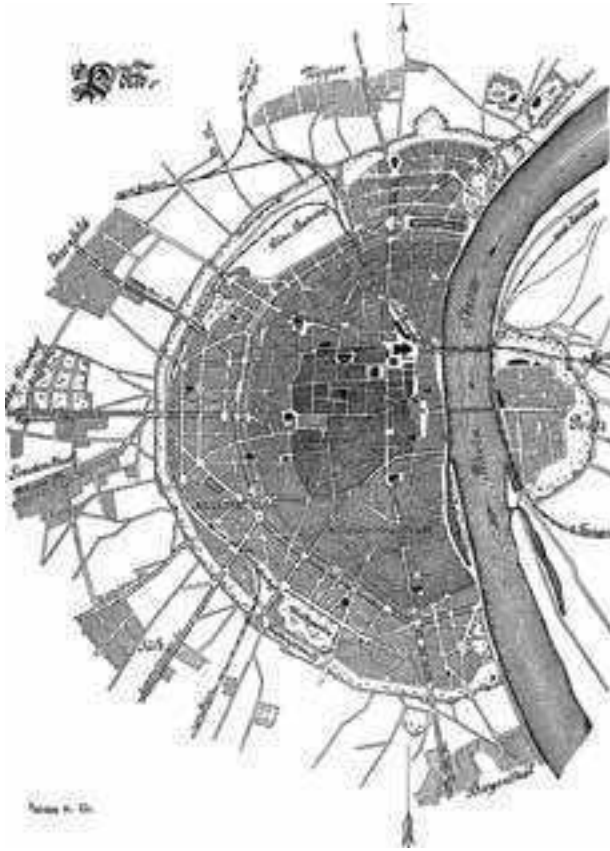


Abb. 7
 Köln von Südwesten. Aquarell
 von Jakob Scheiner, 1886



Pflege, Umbau und Ergänzung des Bestands, so das Programm, stellen heute grundlegend neue Aufgaben gegenüber jenen, die in früheren Epochen zu bewältigen waren. Dazu ein Rückblick.

Das Wachstum der Städte

Im 19. Jahrhundert setzte die Industrialisierung einen gewaltigen Wachstumsschub in Gang, durch den alte Ortskerne mit rasch errichteten Wohnquartieren, Fabrik- und Gewerbebauten sowie weit in die Landschaft ausgreifenden Infrastrukturen für Eisenbahn- und Straßenverkehr umgeben wurden. Seit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 bezeichnete das Wort „Deutschland“, zuvor nur auf ein grob umrissenes Siedlungsgebiet von Deutschen innerhalb häufig wechselnder Staatsgrenzen bezogen, bis 1945 das Territorium des unter preußischer Führung gegründeten Kaiserreichs. Dem Sieg über Frankreich im Krieg 1870/71 und den Reparationszahlungen, die vor allem der deutschen Wirtschaft zugutekamen, folgte die heute legendäre Gründerzeit mit ihren prächtigen Bauten im Stil des Historismus, der mit reichem Fassadendekor selbst noch die elenden Lebensverhältnisse in den überbelegten Mietskasernen der industriellen Großstädte zu nobilitieren suchte.⁴

Um 1900 hatten viele Städte innerhalb weniger Jahrzehnte ihre Einwohnerzahl vervielfacht, das Preußische Fluchtliniengesetz regulierte den Zuschnitt der neuen Quartiere mit ihren Häusern, Höfen, Straßen und Plätzen. Mit den gewaltigen Aufgaben der Erschließung und Errichtung neuer Stadtteile mitsamt der Ver- und Entsorgung durch unterirdische Kanalisationssysteme bildete sich der Städtebau als eine neue Fachdisziplin heraus, die im breiten Tätigkeitsfeld zwischen Brandschutz, Hygiene, Verkehrssicherheit, Baurecht und Bauaufsicht von Anbeginn interdisziplinär angelegt war. Aus den eigens eingerichteten Stadterweiterungsämtern wurden schließlich die Stadtplanungsämter unserer Zeit, mit ständig wachsender Komplexität ihrer Aufgaben. Erste Bücher zum Thema Stadtentwicklung sammelten aktuelles Fachwissen als Lehrstoff für künftige Generationen. So erschien 1890 unter dem schlichten Titel *Der Städtebau* das grundlegende Werk von Hermann Josef Stübßen, Stadtbaurat in Köln, der die Erweiterungsplanung für die Domstadt am Rhein im Vergleich mit dem Stadtumbau in Paris und Wien präsentierte – als Zeichen des Selbstbewusstseins eines neuen Typs von Kommunalbaumeistern und ihrer Verantwortung für das Ansehen und die Zukunft ihrer Stadt.⁵

Über Jahrzehnte war Stübßens Buch auch international als Standardwerk der Städtebaulehre anerkannt, mit hohem Anspruch: „Der Städtebau ist nicht bloß die Gesamtheit derjenigen Bauanlagen, welche der städtischen Bevölkerung den Wohnungsbau

und den Verkehr sowie dem Gemeinwesen die Errichtung der öffentlichen Gebäude ermöglichen; der Städtebau schafft nicht nur den Boden und den Rahmen für die fürsorgende Tätigkeit für das körperliche und geistige Wohlbefinden der Bürgerschaft; er ist die grundlegende praktische öffentliche Gesundheitspflege; er ist die Wiege, das Kleid, der Schmuck der Stadt, die Zusammenfassung der gesamten privaten und öffentlichen Tätigkeit zu einer höheren Einheit. Der Städtebau ist eine wichtige, selbständige Kunst.“⁶

Aufgrund des wachsenden Widerspruchs zwischen der Beschleunigung des technischen Fortschritts und der noch von höfischen Traditionen geprägten Kultur und Politik des Kaiserreichs entfaltete sich Ende des 19. Jahrhunderts aus vielerlei Initiativen eine breite Reformbewegung, die auf einen tief greifenden Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen abzielte. Mit Protest gegen die elenden Wohnverhältnisse in überbelegten Mietskasernen wurden Wohnungsbaugenossenschaften und gemeinnützige Vereine für Kleinwohnungsbau in Gang gebracht. Schon 1898 wurde der Bund deutscher Bodenreformer gegründet, 1902 die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft, die mit dem aus England übernommenen Konzept der Gartenstadt eine neue Einheit von Arbeit und Wohnen, Landschaftsraum und Siedlungsstruktur propagierte, wie sie ab 1906 in Dresden-Hellerau beispielhaft erprobt werden konnte.⁷ Dort richtete 1908 der Deutsche Werkbund seine Geschäftsstelle ein – eine im Vorjahr gegründete Vereinigung von Architekten und bildenden Künstlern, Politikern und Industriellen, Intellektuellen und Journalisten, die in Abkehr vom Historismus der Kaiserzeit im „Zusammenhang von Industrie, Handwerk und Kunst“ eine alle Lebensbereiche und Maßstabebenen durchdringende Erneuerung der Produktgestaltung auf dem Weg vom „Sofakissen zum Städtebau“⁸ anstrebte.

Auch wenn die politischen Bedingungen, vor allem das Dreiklassenwahlrecht, das die Privilegien der Vermögenden zum Nachteil der unteren Schichten schützte, den Reformbewegungen enge Grenzen setzten, waren die Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs doch von einem Aufbruchsbegehren geprägt, das nach den revolutionären Wirren um 1918 zu einer neuen Baukultur führte, die im Rahmen der demokratischen Verfassung der Weimarer Republik bis heute gültige Standards und Vorbilder setzte.

Demokratisierung der Planung

Im Dezember 1918 entwarf der Architekt Walter Gropius mit seinem Freund und Kollegen Bruno Taut das Programm für einen revolutionären „Arbeitsrat für Kunst“ mit der Forderung: „Kunst und Volk müssen eine Einheit bilden. Die Kunst soll nicht mehr Genuss Weniger, sondern Glück und Leben der Masse sein.“⁹

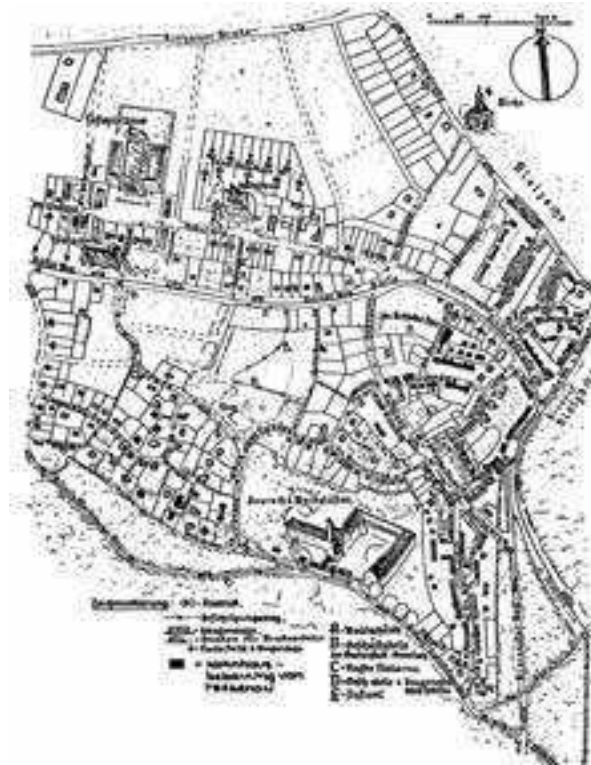


Abb. 8
Gartenstadt Hellerau,
Dresden. Lageplan
nach Entwurf von
Richard Riemerschmid



Abb. 9
Gartenstadt Hellerau,
Dresden 2008. Reihenhäuser.
Gebaut nach Entwurf von
Hermann Muthesius ab 1910



Abb. 10
Gartenstadt Hellerau,
Dresden 2008. Reihenhäuser
mit Vorgarten, geplant von
Richard Riemerschmid
ab 1906

Abb. 11
Versuchssiedlung Törten,
Dessau 2005. Gebaut
ab 1926 nach Planung von
Walter Gropius



Abb. 12
Wohnstadt Carl Legien,
Berlin 2008. Gebaut ab 1929
nach Planung von Bruno Taut
und Franz Hillinger



Abb. 13
Siedlung Onkel Toms Hütte,
Berlin 2002. Gebaut ab 1926
nach Entwurf von Bruno Taut



Beflügelt vom Umbruch der Gesellschaft, notierte Taut: „Der Sozialismus im unpolitischen, überpolitischen Sinne, fern von jeder Herrschaftsform, als die einfache schlichte Beziehung der Menschen zueinander, schreitet über die Kluft der sich befehdenden Stände und Nationen hinweg und verbindet den Menschen mit den Menschen.“¹⁰

Während Gropius seit April 1919 sein Lehrkonzept für die neu gegründete Staatliche Hochschule Bauhaus in Weimar verbreitete, tagte nicht weit entfernt, im Weimarer Nationaltheater, die Nationalversammlung deutscher Parlamentarier, um eine Verfassung zu erarbeiten, die im August 1919 den Forderungen der Bodenreformer mit folgenden Worten entsprach: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Missbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern.“¹¹

Indem die Wohnungsfrage Verfassungsrang erhielt, war ein wichtiger Impuls sowohl für die kommunale Wohnungspolitik als auch für die Bauwirtschaft im Deutschen Reich gegeben, die jedoch erst nach dem Ende der Inflation, nach Währungsreform und Dawes-Plan ab 1925 durch Einführung der Hauszinssteuer aufblühen konnte. Jetzt waren neue Bedingungen einer engen Zusammenarbeit zwischen kommunalen Spitzenpolitikern und ihren Stadtbauräten, zwischen der planenden Verwaltung und sozial engagierten Architekten gegeben. Zur Lösung der Wohnungsfrage wurden massenhaft Neubausiedlungen im Umfeld der großen Städte errichtet, in rationaler Bauweise, technisch und ökonomisch optimiert, um ein Neues Bauen in schlichter Sachlichkeit möglichst weiten Teilen der Bevölkerung zugutekommen zu lassen. Es waren Kommunalbeamte wie der Hamburger Oberbaudirektor Fritz Schumacher, Gustav Oelsner in Altona oder Hubert Ritter in Leipzig, die das Bild ihrer Stadt in wenigen Jahren neu zu prägen vermochten, ehe die Weltwirtschaftskrise ab 1930 dem Aufschwung ein jähes Ende setzte.

In Berlin war es Martin Wagner, der als Stadtbaurat mithilfe des Freundeskreises der Architektenvereinigung Der Ring, mit Kollegen wie Hugo Häring, Hans Scharoun sowie den Brüdern Bruno und Max Taut, sein gleichermaßen sozial und ästhetisch ambitioniertes Wohnungsbauprogramm in Form von Großsiedlungen verwirklichen konnte, von denen einige seit 2011 durch Eintrag in die UNESCO-Liste zum Weltkulturerbe zählen.¹² Für Breslau hatte Ernst May in der Tradition der Gartenstadtbewegung 1922 unter dem Motto „Trabanten“ ein Konzept zur dezentralen Stadtentwicklung geschaffen, das er als Stadtbaurat in Frankfurt am Main ab 1925

in regionalem Maßstab erweitern und mit Unterstützung des Oberbürgermeisters Ludwig Landmann und des Stadtkämmerers Bruno Asch durch Neubausiedlungen verwirklichen konnte, die einerseits durch einen Grüngürtel von der vorhandenen Stadt getrennt, andererseits durch Grünzüge zwischen den Trabanten in ihrem Wachstum begrenzt, als sozial und räumlich überschaubare Einheiten mit je eigener Prägung angelegt wurden.¹³ Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer holte Fritz Schumacher aus Hamburg und Paul Bonatz aus Stuttgart, um durch Konkurrenz der beiden die besten Ideen zur nächsten Stadterweiterung jenseits der im 19. Jahrhundert geplanten gewinnen zu können; mit den Bauten für die Universität und die Messe setzte er Zeichen für die künftige Entwicklung von Stadt und Region.¹⁴



Abb. 14
Siedlung Römerstadt,
Frankfurt am Main 1998.
Gebaut nach Entwurf
von Ernst May ab 1926

Die Reihe der Beispiele zukunftsweisender Projekte aus diesem Zeitraum zwischen 1925 und 1930, in dem wenige Jahre schier unglaubliche baukulturelle Leistungen aufweisen, ließe sich fast beliebig verlängern. Zudem lässt ein Blick auf Experimentalbauten wie die 1926 nach Entwurf von Gropius aus Fertigteilen montierten Typenhäuser in Dessau-Törten oder auf Ausstellungen wie „Die Wohnung“¹⁵ in Stuttgart mit der Werkbund-Siedlung am Weißenhof, auf Ergebnisse von Wettbewerben wie dem für Karlsruhe-Dammerstock oder für Berlin-Haselhorst dieses produktive Jahrfünft am Ende der 1920er-Jahre als ein Laboratorium der Moderne erscheinen, dessen Programme und Projekte dem Wiederaufbau zerstörter Städte nach 1945 wichtige Grundlagen bieten sollten. Auch wenn die Wohnungsfrage zweifellos das dominante Thema jener Zeit war, stand zugleich die Modernisierung und Erweiterung technischer Infrastrukturen an sowie – nicht zuletzt – die Erfindung einer neuen Sprache der Architektur für öffentliche Bauten, die das demokratische Selbstverständnis der Gesellschaft in der Weimarer Republik widerspiegeln sollte, in nüchterner Sachlichkeit als Kontrast zum prahlerischen Historismus der Jahrzehnte nach dem Sieg über Frankreich.¹⁶



Abb. 15
Doppelhaus in der Weißen-
hofsiedlung, Stuttgart 2012.
Gebaut 1926/27 zur
Werkbund-Ausstellung
„Die Wohnung“ nach
Entwurf von Le Corbusier
und Pierre Jeanneret, heute
Weissenhofmuseum

Schulen, Universitäten, Museen und Rathäuser sowie zahlreiche Einrichtungen für öffentliche Dienstleistungen vom Postamt bis zur Großmarkthalle dokumentieren bis heute einen weiten Spielraum der Baugestaltung zwischen skulpturalem Expressionismus und sprödem Funktionalismus, mit vielen Varianten traditioneller Bauweisen zwischen diesen Extremen. Doch die Vielfalt der konkurrierenden Strömungen und Konzepte mit allen produktiven Wechselwirkungen zwischen den Positionen fand 1933 ein jähes Ende. Die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise und die Verschärfung der politischen Spannungen zwischen Vertretern der radikalen Parteien des linken und des rechten Lagers hatten auch unter den Architekten und Planern eine Polarisierung und Lagerbildung nach sich gezogen.



Abb. 16
Grassimuseum, Leipzig 2012.
Gebaut nach Planung von
Hubert Ritter mit Carl William
Zweck und Hans Voigt ab 1925

Abb. 17
Schemadarstellungen zur
Umwandlung Berlins in
eine Gartenstadt nach Zer-
störung der Mietskasernen
bei Nutzung der unterir-
dischen Infrastruktur im
alten Stadtgrundriss.
Abbildungen aus der Studie
Berlin im Aufbau von
Max Taut, Berlin 1946

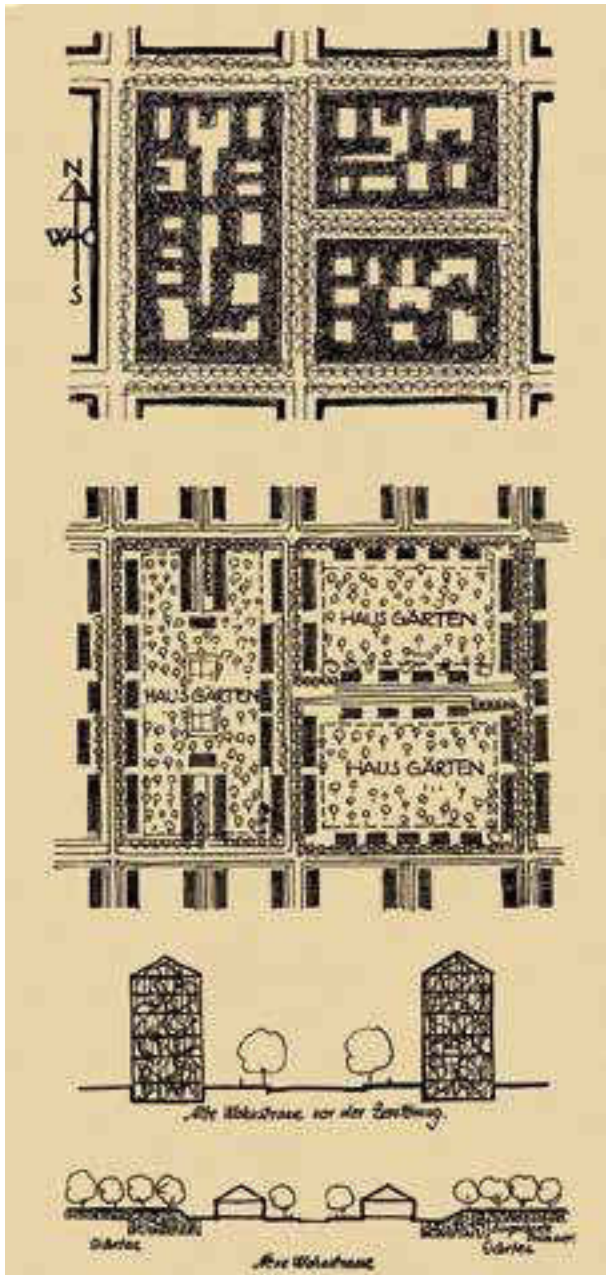


Abb. 18
Gärten auf Trümmern,
Häuser im Straßenraum.
Skizze von Max Taut zur
Studie *Berlin im Aufbau*,
Berlin 1946



Der Hoffnung auf eine künftig international gültige, vom technischen Fortschritt industrieller Produktionsmethoden geprägte Architektur stellten konservative Baumeister die an Handwerk und Landschaft gebundene Tradition regionaler Bauweisen gegenüber. Geschickt wussten die Propagandisten des Nationalsozialismus die Krise zu nutzen, um das Neue Bauen insgesamt als „Kulturbolschewismus“ zu diffamieren und den exponierten Vertretern in ihrer Praxis als freie Architekten ebenso wie jenen im öffentlichen Dienst die Arbeitsgrundlage zu entziehen. Mit der Machtübergabe an Adolf Hitler und das Regime der NSDAP im Januar 1933 konnten durch die „Gleichschaltung“ aller Fachverbände in offener Willkür Berufsverbote wirksam werden, ebenso wurden durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nach Belieben der neuen Machthaber Entlassungen aus öffentlichen Ämtern möglich. Betroffen waren auch zahlreiche Kommunalpolitiker und -beamte, selbst international renommierte Oberbürgermeister wie Adenauer oder Landmann.¹⁷

Mit dem „Führerprinzip“ von Befehl und Gehorsam wurde eine Ära der Demokratisierung der Planung beendet, die fortan dem Diktat Hitlers und seiner Kumpanen, namentlich der mächtigen Gauleiter, unterstellt war. Im Blick auf eine monumentale Neugestaltung deutscher Städte zwecks Darstellung der Macht Hitlers im „Wort aus Stein“ wurden überkommene Verwaltungsstrukturen und eingespielte Kooperationen zerschlagen. Auf Weisung der vom „Führer“ direkt beauftragten Architekten seines Vertrauens wurden für Großprojekte gleichsam Parallelbehörden gegenüber den herkömmlichen Ämtern geschaffen. Doch anstelle der Neugestaltung folgte den Planungen für die „Zeit nach dem Kriege“ die Zerstörung der Städte.¹⁸

Zerstörung als Chance

1945 lag Deutschland in Trümmern, in Besatzungszonen zerteilt. Angesichts der ausgebrannten Ruinen und vom Krieg verwüsteten Landschaften waren sich die Fachleute im Planen und Bauen weitgehend darin einig, dass die Zerstörung der Städte als Chance für eine grundlegende Erneuerung genutzt werden sollte. In vielen Städten entstanden Pläne für einen Neubau über den Trümmern, in dem über niedergelegten Ruinen weiträumig Grünzüge und Parkanlagen geschaffen werden sollten, mit Reihenhäusern und Hochhausseiben zum Wohnen im Grünen, in aufgelockerter Bauweise mit Hinweis auf die Tradition der Gartenstadt und die Siedlungsbauten der 1920er-Jahre. Viele dieser oft bis in die Wohngrundrisse ausgearbeiteten Pläne radikaler Modernisierung scheiterten jedoch nicht nur an den überkommenen Eigentumsverhältnissen, sondern auch am Mangel finanzieller Mittel für technische Infrastrukturen gemäß der geplanten Verwandlung von Stadtgrundrissen mitsamt der dazugehörigen Erschließung,

Ver- und Entsorgungssysteme. Lebensgrundlage im Wiederaufbau blieben vielerorts die weitgehend unzerstörten Netze der Kanalisation, Gas- und Elektroleitungen, die fortan als das unterirdische Kapital¹⁹ der Städte hoch geschätzt wurden – großenteils robustes Erbe aus dem 19. Jahrhundert, aus der Pionierzeit der Verstädterung, zumeist bis heute noch im Gebrauch, doch trotz knapper Kassen sorgsamer Pflege und Reparatur bedürftig.

Während im Westen Deutschlands nach dem Ende des totalitären Staats und der Stärkung kommunaler Autonomie der Wiederaufbau mit Verweis auf die kulturellen Traditionen der Weimarer Republik im Sinne einer moderaten Moderne erfolgte und – je nach lokalpolitischer Konstellation – unter dem verbindenden Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt die zukunftsweisenden Entscheidungen im Rat der Stadt getroffen wurden, folgte der Aufbau im Osten ab 1950 der Kulturdoctrin des Sozialistischen Realismus. Nach Josef W. Stalins Weisung sollte die Wiederbelebung nationaler Bautraditionen durch monumentale Architektur im historischen Stillkleid das Bild der Städte prägen. Unter der Kontrolle von Staat und Einheitspartei entstanden große Ensembles wie die Berliner Stalinallee oder die Bebauung am Altmarkt in Dresden, jeweils in Rückgriff auf regionale Traditionen. Die Berliner Bauten erweisen dem Klassizismus in der Prägung Schinkels ihre Reverenz. Am Altmarkt ist der Bezug zum Dresdner Barock zu erkennen, in Hansestädten wie Rostock die norddeutsche Backsteingotik.²⁰

So wurde mit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 Deutschland nicht nur territorial, sondern auch baukulturell geteilt. Im Westen blieb das Erbe der Reformbewegungen der Weimarer Zeit virulent, bis hin zu den Konzepten internationaler Architektur, die in den 1950er-Jahren nicht zuletzt durch den Einfluss deutscher Emigranten wie Gropius und Ludwig Mies van der Rohe weltweite Resonanz fanden. Im Osten hingegen wurden die im Westen verpönten Konzepte monumentalen Städtebaus mit regional differenzierter Architektur aufgenommen, doch setzte nach Stalins Tod und dem radikalen Kurswechsel unter Nikita Chruschtschow ab 1955 unter dem Motto „Besser, billiger, schneller bauen“ eine durchgreifende Industrialisierung des Bauwesens ein, jetzt unter Verzicht auf historisierendes Baudekor, im Übergang zur später allgegenwärtigen Plattenbauweise. Während in der DDR durch industrielle Massenproduktion nach Vorgaben anonymer Kombinate und Planungsbüros neue Großsiedlungen in wachsendem Maßstab aus dem Boden gestampft und demgegenüber die Altbausubstanz in den Städten dem Verfall preisgegeben wurde, war in der Bundesrepublik die gleiche Tendenz massenhafter Bauproduktion ab Mitte der 1960er-Jahre bereits wachsender öffentlicher Kritik ausgesetzt.



Abb. 19
Gartenstadt Hohnerkamp,
Hamburg 1998. Gebaut nach
Planung von Hans Bernhard
Reichow ab 1953



Abb. 20
Wohnhaus an der Karl-Marx-
Allee, ehemals Stalinallee,
Berlin 2005. Gebaut nach
Entwurf von Richard Paulick
ab 1953



Abb. 21
Eröffnung der Internatio-
nalen Bauausstellung Berlin
„Interbau 1957“

Abb. 22
 Leerstand und Verwahrlosung im Westend, Frankfurt am Main 1966. Foto Abisag Tüllmann



Abb. 23
 Plakat zur Werbekampagne für das Denkmalschutzjahr 1975



Abb. 24
 Altbauquartier in Kreuzberg, Berlin 1976



Paradigmenwechsel

Schon 1965 hatte Alexander Mitscherlich sein Pamphlet gegen die *Unwirtlichkeit unserer Städte* im Untertitel eine *Anstiftung zum Unfrieden* genannt: Es war ein Aufruf zur Mitwirkung der Bürger am Schicksal ihrer Stadt zwecks Belebung der kommunalen Demokratie.²¹ In Frankfurt am Main brachten ab 1966 erste Proteste gegen Abbruch im Westend eine Bürgerbewegung zur Erhaltung von Häusern aus der Gründerzeit in Gang, die, wie viele Bauten aus jener Epoche, insbesondere die über Jahrzehnte als menschenunwürdig verachteten Mietskasernen, bald mit neuer Wertschätzung betrachtet und in ihrer hohen Wohnqualität anerkannt wurden.

Mit der Einsicht in die *Grenzen des Wachstums*²² setzte sich ab 1972 die Erkenntnis durch, dass der bislang wie ein Naturgesetz betrachtete Mechanismus von Abriss und Neubau, der Ersatz des Alten durch besseres Neues, abgelöst werden konnte durch das Prinzip Recycling, nach dem das gute Alte neuen Nutzungen angepasst, durch Transformation und Ergänzung nachhaltig gebrauchsfähig gemacht werden kann. Die europäische Kampagne für Denkmalschutz 1975 schärfte das öffentliche Bewusstsein für die Qualität überkommener Stadtstrukturen.²³ Fortan widmete sich der Denkmalschutz nicht nur historisch bedeutsamen Bauten wie Kirchen, Klöstern und Schlössern, sondern auch den Stadtquartieren der Gründerzeit und später dann beispielhaften Siedlungen aus den 1920er- und den 1950er-Jahren, inzwischen sogar den gebauten Zeugnissen der weithin ungeliebten Moderne der 1970er-Jahre.²⁴

Angesichts der demografischen und ökologischen Herausforderungen, des Klimawandels und des Zwangs zur Energieeffizienz bildet – bei aller Notwendigkeit technischer Innovation und gestalterischer Fantasie zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft – der bereits gebaute Bestand eine unverzichtbare Lebensgrundlage künftiger Generationen. In diesem Sinne lässt sich der Titel des vorliegenden Buchs ergänzen: „Wir bauen Deutschland – weiter!“ So sind die hier präsentierten Personen im öffentlichen Dienst zugleich auch Treuhänder eines erstaunlich heterogenen Erbes, in dem wir mit Blick auf die in unseren Städten und Landschaften abgelagerten Schichten der Geschichte mancherlei Deutschland entdecken können.

Im historischen Kern der Altstädte sind die gebauten Zeugnisse von Glaubensgemeinschaften und von feudaler Herrschaft aus Epochen vor der Nationalisierung der Massen zu finden; in den technischen Anlagen der Infrastruktur, in den Wohnquartieren und Prachtbauten der Gründerzeit sind uns die bewundernswerten Leistungen früherer Generationen erhalten, zum

Gebrauch und zur weiteren Anverwandlung ebenso überlassen wie die Reformsiedlungen der Zwischenkriegszeit und jene aus den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, um hier nur einige Hinweise auf die Vielfalt des Erbes mit Herkunft „Deutschland“ zu geben. Diesem Erbe gehören zudem die Relikte totalitärer Herrschaft im NS-Staat wie Schulungs- und Ordensburgen oder Anlagen für Sport und Freizeit ebenso an wie die großen Ensembles der „Wohnpaläste für das Volk“ aus der Ära Stalins, wobei nicht die Gleichstellung der Systeme, sondern die Beachtung der Besonderheiten verschiedener Epochen und Gesellschaftsordnungen die angemessene Bewertung von Orten ermöglichen.

Der verantwortliche Umgang mit dem baukulturellen Erbe ist Basis für zukunftsweisendes Planen und Bauen in Deutschland, wobei insbesondere der öffentlichen Hand die Aufgabe zukommt, Zeichen zu setzen und exemplarisch Vorbilder anzubieten – sowohl im gelungenen Verlauf demokratisch legitimierter Entscheidungsprozesse als auch in der Qualität der gegenständlichen Ergebnisse, die bei allem Wandel auch weiterhin nach den Kriterien der Beständigkeit, Gebrauchsfähigkeit und Schönheit zu bewerten sind, wie dies vor über 2000 Jahren der Baumeister Vitruv in seiner Architekturlehre unter den Leitbegriffen der „firmitas“, „utilitas“ und „venustas“ vorgeschlagen hatte.²⁵

So schließt sich der weite Bogen zwischen der ältesten der bekannten Architekturtheorien und dem aktuellen Diskurs zur Baukultur in der Bundesrepublik Deutschland: ein weiter Bogen, der zugleich zentrale Probleme der gesellschaftlichen Praxis im Planen und Bauen markiert. Denn der „firmitas“, dem Bauen auf Dauer, steht schroff das Interesse an kurzfristiger Gewinnmaximierung entgegen, schnelles Bauen für kurze Abschreibungszeiten, für die manchem Bauherrn eine sorgsame Materialwahl und Baukonstruktion unangemessen aufwendig und kostentreibend erscheinen. Von der über Jahrzehnte verschärften Verknappung von Zeit und Geld beim Bauen ist auch die „utilitas“ betroffen, oft reduziert auf mechanische Handlungsabläufe nach quantitativ vorgegebenem Raumprogramm, unter Abspaltung jener Dimensionen von Atmosphäre, Emotionalität und Sinnlichkeit, die im Erleben und Gebrauch von Räumen schließlich auch die Identifikation mit Orten erlauben, sofern sie bei allem praktischen Nutzen ebenfalls zum Verweilen, Spielen und Träumen einladen. Besonders problematisch jedoch wird die „venustas“, der Anspruch auf Schönheit, in einer Zeit, in der die gesellschaftlichen Konventionen guten Geschmacks ebenso aufgelöst sind wie ein verbindendes Verständnis von „guter Form“. In Zeiten der Not stehen Fragen der architektonischen Form weit hinter denen nach Obdach und Überleben, doch auch mit wachsendem Wohlstand bleiben die Wünsche disparat. Im Gefälle sozialer



Abb. 25
Museumsinsel, Berlin 1990



Abb. 26
Zeche Zollverein, Essen 2007,
heute Ruhr Museum



Abb. 27
Wohnhaus in der Langen
Straße, Rostock 1995.
Gebaut ab 1953

Abb. 28–30
Fremde Nachbarn. Drei
Wohnhäuser, direkt neben-
einander am Stadtrand,
Darmstadt 2012



Ungleichheit sind heute die Spielräume zur Entfaltung ästhetischer Bedürfnisse ungleich verteilt und zudem durch die Pluralisierung der Lebensstile nach individuellen Geschmackspräferenzen eng parzelliert, selbst auf gehobenem Niveau. Zwischen nostalgischer Butzenscheibenromantik, starrem Baumarktklassizismus aus Fertigteilen und coolem Minimalismus in Sichtbeton verlaufen die Suchbewegungen privater Bauherren zwischen den massenhaft angebotenen Statussymbolen; Gleiches gilt in größerem Maßstab für werbewirksame „signature architecture“ auf der Suche nach dem passenden „branding“ für die „corporate identity“ von Unternehmen.

In jedem dieser drei mit den Stichworten der „firmitas“, „utilitas“ und „venustas“ hier nur grob skizzierten Problemfeldern kann die „Demokratie als Bauherr“²⁶ als Korrektiv wirksam werden. Sorgfältig vorbereitete Planungsverfahren mit hohem Anspruch an das gebaute Ergebnis, möglichst mit offenen Wettbewerben zur Qualitätssicherung, setzen Zeichen gegen den Trend zu rascher Investition und schneller Vermarktung; entgegen den kurzen Zyklen politischer Wahlen und dem damit verbundenen Zwang zum Nachweis populärer Erfolge ist im öffentlichen Interesse Weitsicht und Gründlichkeit vor Schnelligkeit gefordert. Eine Stadt ist mehr als die Summe der Bauten, ihre „utilitas“ zielt auf urbane Lebensqualität, die vor allem in den sozialen Dimensionen der Stadtentwicklung geprägt wird, im ausgewogenen Angebot von Wohnraum, Arbeitsplätzen und Infrastruktur.

Zentrale Aufgabe zur Sicherung der Balance unterschiedlicher Anforderungen ist die Pflege und Gestaltung des öffentlichen Raums als Bühne gesellschaftlichen Lebens, als Ort der Begegnung und Identifikation mit „Stadt“: Nur im öffentlichen Diskurs über Programme, Prioritäten und die gewünschten Ergebnisse lassen sich divergente Interessen aufzeigen, vermitteln und auf eine gemeinsame Vorstellung vom gebauten Resultat beziehen, wobei auch die Vielfalt und Widersprüchlichkeit ästhetischer Normen, zudem noch die Spannungen zwischen Expertenkultur und Bürgerbegehren zum Thema werden. Die oft gefällig geforderte „Schönheit der Stadt“ ist nicht durch Recht und Regeln herstellbar, sondern allererst subjektive Wirklichkeit, Ergebnis der Wahrnehmung und Empfindung von Menschen unterschiedlicher Prägung. Vermittlung von Baukultur ist ein Lernprozess, auch in der Dimension der Ästhetik, daher gilt hier ebenfalls: Öffentlichkeit herstellen, Kommunikation gestalten, Mitwirkung fördern.

Diese knappe Skizze kann nur einen matten Eindruck von der Komplexität jener Aufgaben vermitteln, die sich den in ihren öffentlichen Ämtern fachlich und gesellschaftlich engagierten Menschen stellen, sobald diese sich jenseits der Alltagsroutinen

als Korrektiv zur fortschreitenden Ökonomisierung der Lebensverhältnisse begreifen und zur Selbstverständigung der Gesellschaft über ihre Zukunftsentwürfe beitragen wollen. Die hier dokumentierten Gespräche geben Einblick in Absichten, Einsichten und Lebensläufe, die oft über Umwege in Positionen führten, in denen die hier porträtierten Persönlichkeiten auf je eigene Weise den „Öffentlichen Dienst“ verkörpern, manche in prominenter Stellung mit hoher Anerkennung, andere selbstbewusst unauffällig, bisweilen stille Helden des Alltags, doch alle stellvertretend für die Zivilgesellschaft – verantwortlich für Baukultur.



Abb. 31
Spontane Tanzveranstaltung
nach Auftakt durch Straßen-
musikanten auf dem Pariser
Platz, Berlin 2012

Anmerkungen

- 1 Martin Heidegger: Bauen Wohnen Denken, in: Otto Bartning (Hg.): Mensch und Raum. Darmstädter Gespräch 1951, Darmstadt 1952, S. 73 f.
- 2 Werner Durth und Paul Sigel: Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels, 2. Auflage, Berlin 2010.
- 3 Muck Petzet: Presseerklärung zur Eröffnung des deutschen Beitrags zur Architekturbiennale Venedig 2012, Handzettel.
- 4 Mohamed Scharabi: Architekturgeschichte des 19. Jahrhunderts, Tübingen und Berlin 1993, S. 158 ff.
- 5 Hermann Josef Stübgen: Der Städtebau. Handbuch der Architektur. Theil 4, 9. Halbband, Darmstadt 1890.
- 6 Ders.: Städtebau, 3. Auflage, Leipzig 1924, S. 675.
- 7 Siehe Adolf Damaschke: Die Bodenreform. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not, 20. Auflage, Jena 1923, sowie Ebenezer Howard: Gartenstädte in Sicht. Deutsche Ausgabe mit Geleitwort von Franz Oppenheimer und Anhang von Bernhard Kampffmeyer, Jena 1907, dazu auch Thomas Will und Ralph Lindner (Hg.): Gartenstadt. Geschichte und Zukunftsfähigkeit einer Idee, Dresden 2012.
- 8 Hermann Muthesius: Wo stehen wir? Vortrag, gehalten auf der Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes in Dresden 1911, in: Deutscher Werkbund (Hg.): Die Durchgeistigung der deutschen Arbeit. Wege und Ziele in Zusammenhang von Industrie, Handwerk und Kunst. Jahrbuch des Deutschen Werkbundes 1912, Jena 1912, S. 16.
- 9 Arbeitsrat für Kunst, Programmschrift, zitiert in: Durth und Sigel 2010, S. 132.
- 10 Bruno Taut: Die Stadtkrone, Jena 1919, S. 59.
- 11 Reichsverfassung vom 11. August 1919, Artikel 155, Abschnitt 1, zitiert in: Durth und Sigel 2010, S. 138.
- 12 Siehe Ludovica Scarpa: Martin Wagner und Berlin. Architektur und Städtebau in der Weimarer Republik, Braunschweig und Wiesbaden 1986.
- 13 Siehe Christoph Mohr und Michael Müller: Funktionalität und Moderne. Das Neue Frankfurt und seine Bauten 1925–1933, Köln 1984, sowie Claudia Quiring und Wolfgang Voigt u. a. (Hg.): Ernst May 1886–1970. Katalog zur Ausstellung im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt am Main, München, London und New York 2012.
- 14 Siehe Hans-Peter Schwarz: Konrad Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986.
- 15 Karin Kirsch: Die Weißenhofsiedlung. Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung“ Stuttgart 1927, Stuttgart 1987.
- 16 Christian Welzbacher: Die Staatsarchitektur der Weimarer Republik, Berlin 2006, siehe auch Thomas Elsaesser und Christina Gräwe u. a. (Hg.): Martin Elsaesser und das Neue Frankfurt. Katalog zur Ausstellung im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt am Main, Tübingen und Berlin 2009.
- 17 Werner Durth: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, 5. Auflage, Stuttgart und Zürich 2004, sowie Barbara Miller Lane: Architektur und Politik in Deutschland 1918–1945, Braunschweig und Wiesbaden 1986.
- 18 Werner Durth und Niels Gutschow: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands, 2 Bände, Braunschweig und Wiesbaden 1988.
- 19 Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers: Das Berliner Mietshaus 1945–1989, München 1989, S. 241 ff.
- 20 Werner Durth, Jörn Düwel und Niels Gutschow: Ostkreuz/Aufbau. Architektur und Städtebau der DDR, 2 Bände, Frankfurt am Main und New York 1998, Studienausgabe Berlin 2007.
- 21 Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965.
- 22 Dennis L. Meadows u. a. (Hg.): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.
- 23 Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Hg.) im Auftrag des Deutschen Nationalkomitees für das europäische Denkmalschutzjahr 1975: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975.
- 24 Siehe beispielsweise Bund Heimat und Umwelt in Deutschland u. a. (Hg.): Klötze und Plätze. Wege zu einem neuen Bewusstsein für Großbauten der 1960er- und 1970er-Jahre, Bonn 2012.
- 25 Siehe Hanno-Walter Kruft: Geschichte der Architekturtheorie. Von der Antike bis zur Gegenwart, München 1981, sowie Heiner Knell: Vitruvs Architekturtheorie. Versuch einer Interpretation, Darmstadt 1985.
- 26 Mit direktem Bezug zu Martin Heideggers Vortrag 1951 siehe Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, Vortrag in der Akademie der Künste, Berlin 1961.